



daß die Kommunisten alle Waffenlager im Kreise Greifenhagen kennen, und daß als Verräter der gerade entlassene Schmidt festgestellt worden ist.

Oberstaatsanwalt: „Warum hat der Angeklagte Heines das nicht früher gesagt?“

Zeuge: „Weil ich immer gehofft habe, daß dieses Verfahren genau so niedergelegt würde, wie alle amtlich befohlenen Memos.“

Auf weiteres Fragen erklärte der Zeuge Schulz, daß mit Vorliebe an die Kommunisten Waffen verraten worden seien. Eine Umhüllung der Waffen habe sehr viel Mühe gemacht, da nur die Rohböcher hierfür zur Verfügung standen.

Bors.: „Nicht Reichswehr? Oder hatten Sie Reichswehr zur Verwahrung der Waffen zur Verfügung?“

Zeuge: „Darüber gebe ich keine Auskunft.“

Oberstaatsanwalt: „Woher hatten Sie die Waffen?“

Zeuge: „Von der Reichswehr, und zwar alle Depots.“

Oberstaatsanwalt: „Waren das nicht Waffen, die Sie bei der Auflösung rechtswidrig behalten haben?“

Zeuge: „Nicht rechtswidrig, Herr Oberstaatsanwalt, die Waffen wurden in die Kisten verpackt und nach Pommern geschickt, das mußte die Reichswehr wissen, denn sonst wäre ich ja wegen Diebstahl vor Gericht gekommen.“

Oberstaatsanwalt: „Dann hätten Sie doch bei der Reichswehr Anzeige erstatten müssen, wenn Verrat drohte. Wie konnten Sie als private Arbeitsgemeinschaft jemanden festnehmen oder gar erschließen?“

Zeuge: „Weil ich meiner vorgelegten Dienststelle persönlich für die Waffen verantwortlich war. Wer die Dienststelle war, sage ich nicht.“

Oberstaatsanwalt: „Ueberlegen Sie sich wohl, was Sie sagen. Ich muß hier den Eindruck vermissen, als ob hier legitim vorgegangen sei.“

Wenn für solche Fälle Freiheitsberaubung und Mord vorgeschrieben war, dann kann ich das nicht anders als organisiertes Verbrechen bezeichnen. (Bravorufe im Zuhörerraum, große Entrüstung und Unerhörte auf der Verteidigerbank, alle Anwälte springen lehrhaft auf.)

Auf Befragen von Rechtsanwalt Bloch erklärte der Zeuge Schulz dann noch, daß eine Uebergabe von Verrätern an die Polizei unmöglich war, weil ja damals die Verbindung zwischen der Reichswehr und der Organisation Rohbach streng geheimgehalten werden mußte und Geheimhaltung der Waffen in allen Führerbesprechungen als dringend erforderlich bezeichnet wurde.

In der zehnten Abendstunde wurde die Verhandlung auf Donnerstag früh 10 Uhr vertagt.

## Antwort an Westarp.

Das deutschkonservative Mißtrauensvotum wird unterfrischen.

Die „Kreuz-Zeitung“ veröffentlicht an unscheinbarer Stelle die Antwort des Führers des Deutschkonservativen Hauptvereins, Grafen Seidlitz, auf die Austrittserklärung des Grafen Westarp aus dem Verein. Graf Seidlitz rüffelt zunächst, daß die Austrittserklärung in der Deffentlichkeit erschien, bevor sie an den Deutschkonservativen Hauptverein gelangte, protestiert dagegen, daß das Bekenntnis der konservativen Zeitung für Berlin und Potsdam dem Gesamtverband zur Last gelegt werde, und erklärt, daß er das Verhalten dieser Gruppe nicht billige und alles getan habe, um weitere Folgen abzuwenden. Dann fährt er fort:

Der Vorstand der Deutschkonservativen Partei hat seit Bestehen der von ihm mitbegründeten Deutschnationalen Volkspartei unentwegt daran festgehalten, daß es Aufgabe und Pflicht sei, mit allen Kräften diese Partei bei den Wahlen zu unterstützen, in der Erwartung, daß konservativ-staatliche Auffassung preußisch-deutscher Art, wie Euerer Hochwohlgeboren selbst sagen, den Kern jeder Rechtspolitik bilden und treibende Kraft in der neuen Partei sein würde. Wir haben dies getan, trotzdem wir öfters diesen Kern und diese treibende Kraft unter der Massenpsychose des neudeutschen Parlamentarismus unterdrückt zu sehen glaubten, trotzdem unsere Wünsche bez. Vermehrung erfahrener und charaktervoller Vertreter dieser Weltanschauung und Staatsauffassung auf den Wahllisten wenig freundlich behandelt wurden. An diesem Standpunkt hat der Vorstand auch in seiner letzten Sitzung unerbittert festgehalten. Die Freigabe der Abstimmung in der unter dem 7. April von mir veröffentlichten Bekanntgabe mußte erfolgen, um die leider weitverbreitete Wahlunzufriedenheit zu bekämpfen und möglichst alle Stimmen wenigstens einer der Rechtsparteien zuzuführen. Ich zweifle nicht, daß unser am 24. April tagender Vorstand an dieser Einstellung unverändert festhalten wird, er kann dies um so eher tun, als in letzter Stunde für einige Bezirke unseren Wünschen Rechnung getragen worden ist. Hinzufügen darf ich noch, daß mir persönlich das Ausschneiden Euerer Hochwohlgeboren nach so langer verständnisvoller und enger Zusammenarbeit besonders schmerzhaft ist.

Der Vorsitzende des Deutschkonservativen Hauptvereins unterstreicht damit noch einmal das Mißtrauensvotum, das der Verein dem Grafen Westarp und der deutschnationalen Parteileitung erteilt hat. Wenn er hinzufügt, daß es „in letzter Stunde“ gelungen sei, einige Bezirke wieder in das deutschnationale Fahrwasser zurückzuführen, so gibt er damit der bisherigen deutschnationalen Anhängerschaft bekannt, daß sich weite Kreise der deutschnationalen Stammwählerschaft schon von der Deutschnationalen Partei abgewandt haben. Ein angenehmer Freundschaftsdienst für Graf Westarp und seine Partei!

## Volkspartei!

Der wahre Charakter der Deutschen Volkspartei ergibt sich deutlich aus einer nach Verufen geordneten parteiamtlichen Liste der Reichstagskandidaten dieser Partei. Es wurden an „ausführlichen Stellen“ aufgestellt: 15 Vertreter von Industrie und Handel, 20 höhere Beamte, aber nur — drei Arbeiter, von denen es bei einem noch durchaus unsicher ist, ob er gewählt wird.

## Flaggenkampf der Hoteliers.

Die Deutsche Tageszeitung zu 1000 Mark verurteilt.

Der Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“ hatte sich gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Beleidigung des preussischen Ministerpräsidenten Braun zu verantworten. In Verbindung mit der bekannten Kundgebung Brauns im Kampfe der Berliner Hoteliers gegen die Reichsflagge, hatte die „Deutsche Tageszeitung“ ihm Aufforderung zum Verfassungsverbruch vorgeworfen. Das Gericht verurteilte den Schriftleiter der „Deutschen Tageszeitung“, Reiger, zu 1000 M. Geldstrafe.

Japan gegen Nordchina. Die Japaner haben die ganze manchurische Bahn besetzt. Ichangtschin protestiert vergeblich.

# Westarps Wahlparole.

Deutschnationale Wahlmonade — matt wie ihre Seele!

Die Deutschnationale Volkspartei hat ihre Wahlausrufe ertönen, einen für das Reich und einen für Preußen. Mut und kraftlos, ohne Selbstvertrauen, ohne entschiedene politische Zielsetzung sind diese Ausrufe — eine getreue Widerspiegelung der Stimmung bei den Deutschnationalen.

Da ist nun der Wahlausruf der stärksten Regierungspartei des Bürgerblocks, und er gipfelt in dem Bekenntnis: wir haben zwar mitgemacht, aber erreicht haben wir nichts:

„Die Illusionen von Locarno, Genf und Thoiry sind zerfallen. Wir haben davon gewarnt, den Schein der Gleichberechtigung statt der Gleichberechtigung selbst, vieldeutige Versprechungen statt tatsächliche Gegenleistungen in Zahlung zu nehmen. Wir setzten uns zur Wehr gegen Selbstbetrug und Beschönigung. Unsere Warnungen und Forderungen sind ohne Erfolg geblieben. Die gegen unseren Widerstand geschaffenen völkerrechtlichen Tatsachen haben die außenpolitische Handelsfreiheit des Reiches so eingeengt, daß dadurch auch unsere Mitarbeit in der Regierung schwer belastet war.“

Das ist alles, was sie über ihre Mitverantwortung über die Führung der deutschen Politik im letzten Jahre zu sagen haben! Sie waren doch schließlich die stärkste Regierungspartei, warum haben sie dem Reich die Freiheit des außenpolitischen Handelns nicht zurückerobert? Wo ist ihr positives außenpolitisches Programm? Es beschränkt sich auf die Versicherung, daß sie keinen neuen Krieg wollen und daß sie eine Neuregelung der Reparationslasten fordern.

Das ist alles! Ein wenig Drückererei von der Verantwortung, ein paar Thesen über die Revision des Dawes-Planes — das ist alles, was von der „nationalen Opposition“ übrig ist.

Ihre wirtschaftlichen Forderungen sind fast ausschließlich auf die Landwirtschaft abgestellt, sie gipfeln in der phantastischen Forderung der wirtschaftlichen Selbstorganisationsfähigkeit, der Autarkie Deutschlands.

Ihre Stellung zur Verfassung: die Weimarer Verfassung ist ein fremdes Reis, die Macht des Reichspräsidenten muß gestärkt werden. Stellung zur Monarchie:

„Wir lassen nicht von dem Stolz auf die tausendjährige deutsche Geschichte, die Größe des Kaisergedankens, die ruhmbedeckten schwarzweißroten Farben und die Heldentaten der alten Wehrmacht.“

Aber: „Unter jeder Staatsform dienen wir der Nation.“ Deutschnational, nicht nationalliberal!

Der Wahlausruf für Preußen wiederholt die ältesten Landbundesflügen über die Feindseligkeit der Landesregierung gegen die Landwirtschaft, über das „einseitige sozialdemokratische Parteiregiment“ in Preußen. Er gipfelt in dem folgenden Vorwurf gegen die Preußenregierung:

„Völlig unstrukturiert in eigenen gesetzgeberischen Leistungen...“

Und das nach dem Bekenntnis des Reichsausrufs, daß die deutschnationale Regierungsbeteiligung ohne Erfolg geblieben ist! Nun noch ein paar Phrasen: Christentum, Deutschtum, Vaterlandsliebe, deutsches Lebensrecht — das ist alles, das ist alles!

# Sowjetpräsident und Oberbandit.

Sensationsprozeß in Moskau.

Moskau, 18. April.

In den nächsten Tagen beginnt der Prozeß gegen den ehemaligen Präsidenten des Zentralerziehungsausschusses der Sowjetrepublik der Krim, Weli Ibrahimow. Aus dem Anklagematerial ergibt sich folgendes: Ibrahimow, ein langjähriges Mitglied der Kommunistischen Partei, war vor seiner Erwählung zum Präsidenten der Krim wiederholt Volkskommisсар. Er stand in geheimen Beziehungen zu einem ehemaligen Offizier der Zarenarmee namens Chaissierow, der unter General Wrangel gegen die Rote Armee gekämpft und in der Wrangelarmee eine führende Stellung im Nachrichtenendienst eingenommen hatte. Nach dem Zusammenbruch der weißen Armee flüchtete Chaissierow in die Berge der Krim, wo er eine große sowjetfeindliche Bande organisierte und anführte. Ibrahimow als Sowjetpräsident verschaffte Chaissierow eine Amnestie und machte ihn sogar zum Mitglied einer zur Bekämpfung des Banditentums gebildeten Kommission. In dieser Stellung spielte nun Chaissierow ein doppeltes Spiel. U. a. ermordete er einen Zollbeamten, der seine Verbindung mit einer Schmugglerbande erwidert hatte. Mit Ibrahimows Hilfe wurden die Spuren verwischt und Ibrahimow ernannte Chaissierow sogar zu seinem Sekretär. Gestützt auf Ibrahimows Machtmittel begann nun eine Verfolgung aller Personen, welche die Zusammenhänge ahnten und zu enthüllen ver-

suchten. Unter diesen waren zwei kommunistische Zeitungsberichterstatter, Sendametow und Tschollak, besonders energisch:

Ibrahimow ermordete Tschollak, als dieser ihn in seinem Hause aufsuchte, den anderen gefährlich erscheinenden Berichterstatter verurteilte Chaissierow mit mehreren Genossen bei einer Fahrt über Land zu ermorden.

Dies mißlang indessen und Chaissierow hielt es nun für ratsam, zu verschwinden. Er zog sich wiederum ins Gebirge zurück und wurde nun Führer einer Räuberbande. Als die Bände der Bande unholdbar zu werden drohte, brachte Ibrahimow in seinem ihm als Sowjetpräsidenten amtlich zustehenden Auto die führenden Banditen persönlich nach Simferopol, um ihnen die Flucht ins Ausland zu ermöglichen. Sie kamen jedoch nur bis in den Kaukasus, wo sie verhaftet wurden. Nunmehr kam die ganze Sache ins Rollen und alle Einzelheiten wurden enthüllt. Dies führte natürlich zur Verhaftung Ibrahimows, wobei dann auch noch sehr gefestigt wurde, daß dieser die Geldmittel der Krim-Gesellschaft für Emigrantenhilfe, deren Ehrenpräsident er war, sich angeeignet hatte.

Angeklagt sind im ganzen 17 Personen. Alle in diese Angelegenheit verwickelten Personen sind Tataren.

## Die Lügenfahne.

Hungerstreik der politischen Gefangenen und „Rote Fahne“.

Am 16. April 1928 traten 22 politische Gefangene im Sonnenburger Zuchthaus in den Hungerstreik, um eine Erleichterung ihrer gemißschweren Lage herbeizuführen. Unter diesen Gefangenen befindet sich auch Mag Hölz, der dem Genossen Dr. Kurt Rosenfeld von dem Hungerstreik Kenntnis gab und ihn um Unterstützung der Forderungen der Gefangenen bitten ließ.

Daraufhin setzte sich Genosse Rosenfeld, um den Gefangenen zu helfen, sofort mit dem Präsidenten des Strafvollzugsamts in Verbindung und fuhr mit diesem zusammen schon am nächsten Tage nach Sonnenburg. Ueber die dortigen Verhandlungen berichtet die „Rote Fahne“ folgendes:

„Als die Genossen Renzel und Eidenjäger Dienstag morgen das Zuchthaus betraten, war der Strafvollzugspräsident und der sozialdemokratische Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld schon anwesend, um mit den Genossen zu verhandeln. Diese lehnten jedoch die Einmischung ab und wollten nur mit ihren bisherigen Vertretern Renzel und Eidenjäger verhandeln. Aber auch diesen gelang es nicht, trotzdem dem ganzen Tag verhandelt wurde, die Genossen zur Wiederaufnahme von Nahrung zu bewegen.“

Dieser Schilderung gegenüber ist festzustellen, daß die Gefangenen eine Einmischung des Genossen Rosenfeld in die Verhandlung über ihre Forderungen nicht abgelehnt haben. Sie haben vielmehr lediglich die Frage Renzels, ob sie zunächst nur ihn sprechen wollten, bejaht, gleichzeitig aber sämtlich den Genossen Rosenfeld dringend gebeten, später auch mit ihnen zu verhandeln. Genosse Rosenfeld kam diesem Wunsch nach und besprach über eine Stunde mit Renzel zusammen ihre Lage und ihre Forderungen.

Die lügenhafte Berichterstattung der „Roten Fahne“ zeigt wieder einmal, daß ihr jedes Mittel recht ist, wenn es gilt, Sozialdemokraten zu verleumdern. Genosse Rosenfeld hat trotz der Verdächtigungen der „Roten Fahne“ im Interesse der proletarischen Gefangenen gestern auch noch mit dem preussischen Justizminister verhandelt, zusammen mit Renzel, und auf Grund des Ergebnisses dieser Besprechungen versprach Renzel, für den Abbruch des Hungerstreiks zu wirken, der hoffentlich heute beendet wird.

## Wittelsbach verlangt Aufwertung!

Die bayerische Regierung gegen die königlichen Ansprüche.

München, 18. April. (Eigenbericht.)

Durch eine sozialdemokratische Anfrage im Bayerischen Landtag, der am Mittwoch zu seiner Schlußtagung zusammengetreten ist, erfährt die Deffentlichkeit von der überroffen-

den Tatsache, daß das ehemalige Königshaus Wittelsbach zurzeit neue finanzielle Ansprüche an den bayerischen Staat stellt. Es handelt sich um die Forderung nach Aufwertung jener 40 Millionen Barabfindung und jener 20 Millionen für Ueberlassung von Realitäten an den Staat, die im März 1923 von den bürgerlichen Parteien des Landtages durch den berüchtigten Abfindungsvertrag neben Grundbesitz und Liegenschaften im großen Umfang den Wittelsbachern zugeschanzt worden sind.

Der Finanzminister mußte am Mittwoch zugeben, daß das Haus Wittelsbach tatsächlich das im Abfindungsvertrag vorgesehene Schiedsgericht zur Aufwertung der 60 Millionen Kapitalabfindung anrufen hat. Die Regierung sei von diesem Schritt vorher nicht unterrichtet worden und es hätten infolgedessen auch keine Verhandlungen zwischen Regierung und dem Hause Wittelsbach stattgefunden; sie sei deshalb auch nicht in der Lage, über die Höhe der Aufwertungsforderung Angaben machen zu können. Das Schiedsgericht habe sich bereits mit der Angelegenheit befaßt, eine Entscheidung aber noch nicht gefällt. Die bayerische Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß weitere finanzielle Leistungen des Staates an das ehemalige Königshaus nicht in Frage kommen können.

## Der „Bremenflug“.

Fihmaurice ist pessimistisch über die Ozeanflüge.

New York, 18. April.

Die „Canadian Press“ meldet ergänzend aus Seven Islands, Fihmaurice habe erklärt:

„Ich verließ die deutschen Gefährten, ihr Flugzeug ausbessernd, und es schien, als ob sie die Ausbesserung bald vollendet haben würden.“ Er fügte hinzu, was die deutschen Flieger dann um würden oder wohin sie fliegen würden, wisse er nicht. Fihmaurice erklärte ferner, infolge seiner Erfahrungen glaube er, daß die anderen Ost-West-Ozeanflüge wahrscheinlich ein tragisches Ende in derselben Gegend fanden, wo die „Bremen“ landete. Die Flugzustände seien an der Küste Neufundlands alles andere als angenehm. Er glaube tatsächlich, daß beratige ungunstige Flugzustände auf keinem anderen Teile der Welt herrschen. Nach einer späteren Meldung der „Canadian Press“ aus Murray-Bay ist Fihmaurice dort um 2.27 Uhr eingetroffen.

Quebec, 18. April.

Ein zweites kanadisches Flugzeug, das von dem Piloten Baehon gesteuert wurde, hat heute Green Island erreicht. In Bord des Flugzeuges fand sich ein Berichterstatter der „Canadian Press“. Das Flugzeug legte die 700 Kilometer betragende Entfernung von Seven Island nach Green Island in fünf Stunden zurück.

## Stresemann zur Reparationspolitik.

Auf der Vollversammlung des Industrie- und Handelstages

Auf dem Deutschen Industrie- und Handelstag hielt gestern nach der Eröffnung durch den Präsidenten von Wendelssohn der Reichsaussenminister Dr. Stresemann zu den großen wirtschaftspolitischen Fragen eine Rede. Mit Nachdruck bekannte er sich zur internationalen Wirtschaftsverständigung und Zusammenarbeit. Die Freigabe der deutschen Werte in Amerika sei nicht allein wegen der materiellen Vorteile zu begrüßen, sondern wegen der grundsätzlichen Anerkennung der Unverletzlichkeit privaten Eigentums bei Völkerverträgen.

In den Fragen der Handelsvertragspolitik verwarf Dr. Stresemann sich entschieden gegen den einseitigen Kriegsruf der Interessenten: die Inlandsmarkt — die Exportmarkt. Deutschland habe weder politische noch wirtschaftliche Autarkiemöglichkeiten. Das Wort von der Revision des Dawes-Planes bedeute schlicht nichts anderes, als daß wir eines Tages eine feste Summe ohne den Druck des Transferagenten verzinsen müssen. Kein Zweifel bestehe darüber, daß diese Verpflichtungen aus Exportüberschüssen bezahlt werden müßten.

Es müsse ein für allemal gesagt werden, daß Handelsverträge nur Kompromißlösungen sein können. Der eine gibt, damit er von dem anderen Partner etwas erhält. So sehr er selbst die Notlage besonders der östlichen Landwirtschaft anerkenne, so müsse man trotzdem im Rahmen der Handelsverträge auch von der Landwirtschaft Entgegenkommen erwarten. Auch gewisse Industrien, die von der Regierung ständige Verlängerung sogenannter Erziehungszölle fordern, sollten wissen, daß die Gezeitung auch beim Menschen zeitlich begrenzt ist und einmal ein Ende haben müsse.

Die Periode der endgültigen Handelsverträge wird erst im nächsten Jahrzehnt nach einer Revision der Zollsätze in den einzelnen Ländern kommen. Er möchte hierbei besonders seinem Optimismus über den Erfolg internationaler Wirtschaftsverhandlungen und Konferenzen Ausdruck geben und den „Pränumerando-Pessimisten“ auch bei dieser Gelegenheit sagen, daß nur der in der Welt vorwärts komme, der auch den Rut hat, an die Zukunft zu glauben.

Der Minister erklärte zum Schluß, daß die Entscheidung in der Reparationsfrage nicht vor dem nächsten Jahre fallen werde. Es sei zu hoffen, daß inzwischen sich auch bei den anderen Nationen der Gedanke durchgesetzt habe, daß Deutschland hohe Jahresleistungen nur dann durchführen könne, wenn die Handelspolitik des Landes ihm die Möglichkeit gäbe, seine Ausfuhr entsprechend auszubauen.

## Die Kammerwahl.

Sechs Bewerber um jedes Mandat.

Paris, 18. April. (Eigenbericht.)

Die Anzahl der bisher in ganz Frankreich angemeldeten Kandidaten beträgt 3730 für die 612 Kammerstimme. Paris und das Seine-Departement haben allein 859 Kandidaten für 89 Sitze. Unter den letzten Anmeldungen fallen besonders die Eigenbrötler auf. So meldet sich ein Vertreter der „Unzufriedenen“, dann ein „Proletar“, sowie ein „Antiparlamentar“.

Im ganzen entfallen auf jeden Wahlkreis durchschnittlich 6 Bewerber. Gegenüber früheren Wahlen stellen die diesmaligen Anmeldungen eine Rekordziffer dar, da 1924 nur 1000 und 1916 über 1600 Kandidaten aufgetreten sind.

## Pressenzwang im Memelland.

Litauischer Journalismus.

Heidelberg, 18. April.

Der „Kriegskommandant“ für das Memelgebiet hat dem Hauptkrisistatler der „Memelländischen Rundschau“, Walter Schell, durch den Zensur in Heideburg sagen lassen, daß er wegen Verstößen gegen die Zensurvorschriften entweder die „Memelländische Rundschau“ verbleiben oder den Hauptkrisistatler für längere Zeit nach dem Konzentrationslager Worms bringen lassen werde. Die Begründung für diese Maßnahme steht noch aus. Chefredakteur Schell war bekanntlich schon vor einiger Zeit einmal festgenommen und ins Gefängnis gebracht worden, wurde aber damals wieder auf freien Fuß gesetzt.

## Die Maifeier in Reval.

Reval, 18. April.

Die linksradikale estnische Arbeiterpartei hatte einen Demonstrationzug zum 1. Mai angemeldet. Dieser Umzug wurde verboten. Dagegen ist der sozialistischen Partei gestattet worden, einen Demonstrationzug durch Reval am 1. Mai zu veranstalten.

## Verhaftungen in Finnland.

Helsingfors, 18. April. (Eigenbericht.)

Hier wurde der Sekretär der finnischen Gewerkschaftszentrale und der frühere Sekretär des Arbeiterportbundes von der politischen Polizei verhaftet. Der Innenminister gab auf Nachfrage die Antwort, daß beide kommunistischer Wagenschaft beschuldigt werden.

## Gaschuh fürs Volk.

Auch in Polen schon eingeführt.

Thorn, 18. April.

Für die Zivilbevölkerung werden im Thorer Militär Lazarett Gasabwehrkurse veranstaltet, an denen Männer wie auch Frauen teilnehmen. Gewünscht werden hauptsächlich solche Teilnehmer, die vom Militärdienst befreit sind (Krüppel usw.) und die im „Bedarfsfall“ als ausgebildete Instrukteure die Zivilbevölkerung mit der Handhabung der Gasabwehrmittel vertraut machen sollen. Diese menschenfreundliche Aufgabe der Ausbildung dieser Instrukteure hat das „Rote Kreuz“ übernommen. Geleitet werden diese Kurse von einem Major.

Sowie wir wissen, ist Rußland mit dieser Schulungsarbeit vorangehen. Das Tempo der im Friedensschluß versprochenen Abrüstung scheint uns den Gaschuhunterricht für alle Völker zum Pflichtschuß zu machen.

Die bulgarische Gesundheitsbehörde ersucht uns, mitzuteilen, daß eine Hungersnot in Bulgarien nicht bestehe; wenn dort bei Verzögerung der Ernte Knappheit entstehe, werde sie in diesem Agrarland rasch ausgeglichen.

## Worte zum Fememord.



„Deines ist der geborene deutsche Soldat, treu bis zum letzten, sich aufopfernd für den Führer und den Gefolgsmann. Diesem deutschen Edelmann ohne Fehl und Tadel halte auch ich die Treue über alle Wirrnisse und Fährnisse der fleingewordenen Zeit hinweg!“

Hauptmann Röhren in der „Deutschen Zeitung“ vom 17. IV. 28.

## Schiele-Blamage im Reichsrat.

Ausschaltung der Interessentenverbände gegen Schieles Widerspruch.

Der Reichsrat und der 28er Ausschuss des Reichstags haben sich gestern mit den Richtlinien zur Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogrammes beschäftigt. Die Verhandlungen im Reichsrat wurden zu einer dreifachen Blamage des Reichsernährungsministers Dr. Schiele.

Einmal war das Reichsernährungsministerium nicht fähig, die Richtlinien für die Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und für die Umschuldungstredite rechtzeitig zur Beratung fertigzustellen, offenbar weil man sich über die oben behandelte Frage, ob Rationalisierung oder Subventionierung nicht einig werden konnte. Sodann ist durch den Widerspruch des Reichsrats und die von ihm vorgenommene Korrektur der Richtlinien zur Förderung des Absatzes von Schlachtochsen und Fleisch die von Schiele geplante Zentralgesellschaft mit ihrem Reichskommissar und ihren großen Vollmachten gefallen und an ihre Stelle ein Länderauschuss für die Verteilung der Mittel (8 Millionen) und die Übernahme von Garantien (22 Millionen) getreten. Die Interessentenverbände werden also zugunsten derjenigen, die die Verantwortung für die Verwendung von Steuergeldern tragen, ausgeschaltet. Endlich hat Schiele durch die Abstimmung des Reichsrats ein heftiges Duell mit Preußen verloren.

Die preußischen Vertreter hatten die berechtigte Forderung gestellt, daß aus dem zur Behebung der gegenwärtigen außerordentlichen Notstände in der Landwirtschaft vom Reichstag bewilligten 30-Millionen-Fonds 5 Millionen zur Verringerung besonderer Notstände, insbesondere bei Wetterschäden bestimmter Gebiete, abgetrennt werden sollte. Schiele hat in heftiger Rede diesem echten Rotantrag widersprochen, der vom Reichsrat jedoch mit 46 gegen 21 gegen den Reichsernährungsminister angenommen wurde. Herr Schiele glaubte sich zu der Erklärung berechtigt, daß die Reichsregierung diesem Beschluß nicht Rechnung tragen werde. Herr Schiele setzt sich mit dieser Erklärung nur der Gefahr einer vierten Blamage aus, denn Reichsregierung, Reichsrat und 28er Ausschuss sind für die Durchführung der Reichstagsbeschlüsse gleichberechtigt, so daß nicht einfache Ablehnung der Regierung Beschlüsse von Reichsrat und Reichstagsauschuss ungültig machen können.

In den Beratungen des 28er Ausschusses hat Herr Schiele vor der überwältigenden Mehrheit des Reichsratsbeschlusses kapituliert und den Länderauschuss an Stelle der unabhängigen Zentralgesellschaft angenommen. Seinen Interessentengruppen, denen die Entscheidung genommen ist, will er aber die Beratung möglichst weit offenhalten.

Der Kontrollauschuss des Reichstags hat nach langer Debatte die Entscheidung über die Richtlinien auf heute vertagt. Am Donnerstag nächster Woche will Herr Schiele dem Reichsrat auch die Richtlinien vorlegen können (Genossenschaften, Umschuldung), die diesmal fehlten. Vielleicht gelingt es ihm bis dahin?! Sonst wartet die Landwirtschaft noch ein bißchen.

## Sollen 25 Millionen verpulvert werden?

Subventionen für ländliche Genossenschaften. — Ueberwachung ist notwendig.

Der Reichstag hat bekanntlich, kurz bevor er auseinanderging, im Rahmen des Notprogramms für die deutsche Landwirtschaft 25 Millionen Mark zur Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens auszugeben beschlossen. Selbstverständlich war die Verwendung dieser Gelder so gedacht — das sagen auch die Erläuterungen im Nachtragsetzt —, daß nicht die landwirtschaftlichen Genossenschaften diese Gelder einfach für sich schlucken, sondern ihre Leistungsfähigkeit für die Gewährung von Personaltrediten und für die Durchbildung einer besseren Abgaborganisation mit diesen 25 Millionen Mark gestärkt wird. Nur so kann die Rationalisierung der Genossenschaften verstanden werden, nicht aber soll aus der Rationalisierung eine Subventionierung der Genossenschaften werden.

Rum hat allerdings die Begründung des Nachtragsetzes auch gesagt, daß die Verbesserung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Abgaborganisation nur mit Hilfe eines einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens erreicht werden kann. Ueber den Zusammenschluß der landwirtschaftlichen Genossenschaft wird nicht erst seit der Bewilligung der 25 Millionen, sondern schon seit Jahren verhandelt. Dieser Zusammenschluß kommt aber nicht zustande, ganz abgesehen von den unermesslichen bürokratischen Hemmnissen und Eifersüchteleien bei den Genossenschaftsleitern, weil mehrere der führenden Spitzenorganisationen der landwirtschaftlichen

Genossenschaften an schweren Verlusten lacerieren. So schätzt man die Verluste beim Reichslandbund und seiner genossenschaftlichen Organisation auf mindestens 6 Millionen und beim Raiffeisenverband und seiner Zentralbank auf mindestens 50 Millionen. Klar ist, daß ein Zusammenschluß der Genossenschaften, solange sie finanziell nicht gesund sind, auch zur Rationalisierung des Genossenschaftswesens und zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Genossenschaften kaum etwas beitragen kann. Die Verluste müssen erst beseitigt werden. Zu begreifen ist auf der anderen Seite, daß diese Organisationen mit aller Macht auch danach streben, die 25 Millionen in die Hand zu bekommen, um sich damit gesund zu machen.

Mit anderen Worten: es ist Gefahr im Verzuge, daß die guten Absichten des Reichstages, der Landwirtschaft durch Verbesserung der Abgaborganisation an der entscheidenden Stelle zu helfen, ins Gegenteil verkehrt werden. Es ist kein Wort darüber zu verlieren, daß die Subventionierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften den Absichten des Notprogramms stracks widerspricht und daß unter gar keinen Umständen der vom Reichstag zur Ueberwachung der Durchführung des Notprogrammes eingesetzte 28er Ausschuss zu einer solchen bestimmungswidrigen Verwendung der 25 Millionen seine Zustimmung geben darf.

Der Zusammenschluß der Genossenschaften wird aus den angegebenen Gründen kaum zustandekommen. Deshalb muß als Mindestes gefordert werden, daß bei der Zuteilung der 25 Millionen an die einzelnen Verbände die Verwaltung der Gelder scharf überwacht wird und durch ganz bestimmte Sicherheitsmaßnahmen die Erfüllung des Gesetzes nach den Absichten des Reichstages erzwungen wird.

Reichsregierung, Reichsrat und Ausschuss müssen auch Maßnahmen überlegen, wie die finanzielle Bereinigung der Verluste der landwirtschaftlichen Genossenschaften durchzuführen ist. Es ist eine kaum je wieder gutzumachende Schädigung des landwirtschaftlichen Genossenschaftsgedankens, daß jahrelang solche Verluste nicht bereinigt worden sind. Es geht nicht an, daß man das Prinzip der Substanz in den Programmen und vor der Öffentlichkeit in den Himmel hebt, wo aber bei eintretenden Verlusten die Konsequenzen daraus zu ziehen wären, nach Subventionen durch den Staat greifen möchte.

## Italien will Langer beherrschen.

Die Anderen weichen zurück.

Paris, 18. April.

Die Langerkonferenz, die vor Ostern ihre Arbeiten mit der Erzielung einer grundsätzlichen Einigung bis auf Erledigung der Forderungen Italiens beendet hat, ist wieder zusammengetreten, um nach einem vorbereitenden Notenaustausch der in Frage kommenden Mächte sich endgültig über die italienischen Ansprüche schließig zu werden. Italien hat, obgleich es nicht zu den Unterzeichnern des Langerabkommens gehört, zur Erörterung der auf das Drängen Spaniens hin eingeleiteten Revisionsverhandlungen zwischen Paris und Madrid die Forderung erhoben, an den Vorteilen einer Revision beteiligt zu sein. Der italienische Schritt, der mit der Eigenschaft Italiens als führende Mittelmeeremacht begründet wurde, stieß nicht nur in Paris und Madrid, sondern auch in London auf Widerstand. Es gelang jedoch Mussolini schließlich, die Beteiligung Italiens in der Hygiene-Kommission zu Langer geacht war, wird man jetzt den italienischen Wünschen weiter entgegenkommen und Italien soll nicht nur die Stadtverwaltung, sondern auch den stellvertretenden Vorsitz im Stadtrat erhalten, dessen Präsidium Frankreich befehlt. Die Forderung freilich nach dem Oberbefehl über die Gendarmerie dürfte kaum durchgesetzt werden.

## Landes- oder Kapitalverteidigung?

Sozialistischer Antrag im Unterhaus.

London, 18. April. (Eigenbericht.)

In der Unterhausdebatte über das Armeedisziplinargesetz beantragte die Arbeiterpartei Einfügung eines Paragraphen, der die Vermengung der bewaffneten Macht bei industriellen Auseinandersetzungen sowohl als Polizeiverstärkung wie als Streikbrecher verhindern sollte. Der Antrag wurde mit 223 gegen 117 Stimmen abgelehnt.



# Schneestürme im Osten.

## Telephonverkehr lahmgelegt. — Teilweise Einstellung des Eisenbahnverkehrs.

Nach hier vorliegenden Nachrichten wurde gestern ganz Mittelpolen, insbesondere aber die Hauptstadt Warschau, sowie eine Reihe anderer polnischer Städte von einem schweren Schneesturm heimgesucht. Im ganzen Lande wurden erhebliche Schäden angerichtet. hauptsächlich hat unter dem Anwerter der Fernsprech-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr gelitten.

Die Straßen in Warschau sind mit großen Schneemassen bedeckt. Gegen 6 Uhr abends traten im gesamten Eisenbahnverkehr erhebliche Verspätungen ein. Auf manchen Strecken folgte der Eisenbahnverkehr überhaupt eingestellt. Von Warschau werden lediglich in der Richtung Krasau-Polen-Sosnowice-Lodz und Kalisch Züge abgelassen. Bis in die späten Abendstunden des gestrigen Tages war der Moskauer Schnellzug noch nicht eingetroffen. Auch alle übrigen Fernzüge erleiden weiterhin erhebliche Verspätung. Der Autobusverkehr mit den Warschauer Vorstädten ist unterbrochen. Ebenso ist der Straßenbahnverkehr in Warschau mit den weiter entfernt liegenden Vorstädten gestört. Der funktentelegraphische Verkehr, sowie die Rundfunksendungen sind zum Teil eingestellt worden, da die funktentechnischen Einrichtungen durch die Stürme in Mitleidenschaft gezogen sind. Der Fernsprechverkehr zwischen Warschau und dem Ausland ist vollkommen unterbrochen. Von insgesamt 108 polnischen Telephonleitungen sind gegenwärtig nur neun in Betrieb. Arbeitskolonnen sind auf allen Eisenbahnstrecken beschäftigt, die Strecke freizuschneiden.

Breslau, 18. April.

Außer den durch den schweren Schneesturm in Mittelschlesien hervorgerufenen Zerstörungen der Telephon- und Telegraphenleitungen ist auch der durch die Unwetterkatastrophe angerichtete Schaden außerordentlich groß. Besonders das Peilegebiet im Eulengebirge wurde durch den stundenlang herniederströmenden wolkenbruchartigen Regen schwer betroffen und geriet in Hochwassergefahr, so daß die Hilfe der Feuerwehr in Anspruch genommen werden mußte. Der Regen verwandelte sich in den frühen Morgenstunden in Schnee. Zugleich mit einem Gewitter trat starker Sturm ein und verwehte Straßen und Wege stellenweise meterhoch. In vielen Ortschaften hatten die elektrischen Lichtleitungen Kurzschlüsse. Aus zahlreichen Stallungen mußte das Vieh vor dem Hochwasser gerettet werden. Die Bewohner der Häuser an der Reichenbacher Pforte wurden während der Nacht polizeilich zur Räumung der Wohnungen veranlaßt. Der Schaden der Landwirtschaft ist besonders groß.

Dresden, 18. April.

In der Nacht sank die Temperatur in Dresden wieder auf Null Grad und auf dem Weißen Hirsch etwas unter den Gefrierpunkt. Im Laufe des Vormittags setzte bei langsame Erwärmung zeitweise leichtes Schneetreiben ein. Der Fichtelberg meldet heute als tiefste Nachttemperatur minus 7 Grad. Die Eise sind infolge der anhaltenden Niederschläge beträchtlich gestiegen.

## Aufounglück in Brieg.

### Fünf Schwerverletzte.

In der Rudower Allee in unmittelbarer Nähe der Gießerei Brieg ereignete sich gestern abend gegen 24 Uhr ein schweres Aufounglück. Der Führer einer mit vier Personen besetzten Kraftdroschke verlor die Herrschaft über die Lenkung und fuhr im vollen Tempo gegen einen Gasandeleber. Das Auto wurde völlig zertrümmert. Die Insassen sowie der Chauffeur mußten von der Feuerwehr aus den Trümmern geborgen werden. Die Verwundeten, die zum größten Teil lebensgefährliche Verletzungen erlitten haben, wurden in bewußtlosem Zustande in das Rudower Krankenhaus übergeführt.

## Kapitän Lohmanns Geschäfte.

### Eine Klage vor dem Zivilgericht.

Die Kammer für Handelsachen des Landgerichts I hatte sich gestern mit einem Zivilprozeß zu beschäftigen, den der Kaufmann Hans Hahn als Aktionär gegen den Berliner Bankverein angestrengt hat und der seinen Ursprung in den Geschäften des Kapitän z. S. Lohmann, dem sogenannten „Fall Phöbus“ hat.

Der Kaufmann Hahn hat nämlich durch die Rechtsanwälte Dr. Retter, Dr. Kah und Dr. Wittgensteiner Anfechtungs- und Richtigkeitsklage gegen die Bilanz des Berliner Aktienvereins erhoben, dessen Aktienmajorität in den Besitz des Kapitän z. S. Lohmann und somit in Verbindung mit der Phöbus-Angelogenheit gelangt ist. Nachdem der Kläger in der Generalversammlung des Berliner Bankvereins nicht die von ihm gewünschte genügende Aufklärung über die Verluste infolge der Lohmann-Geschäfte erhalten hat, erhob er den Vorwurf, daß der Berliner Bankverein sich schwerwiegender Verstöße gegen das Aktienrecht schuldig gemacht habe, indem man den Aktionären die durch die Phöbus-Geschäfte entstandenen Verluste des Berliner Bankvereins verheimlicht habe. Ferner wird in der Klageschrift behauptet, daß der Berliner Bankverein zur Vertuschung dieser Verluste eine Bilanzfälschung begangen und des weiteren, um Regrehanprüche zu verhindern, einigen Verwaltungsmittgliedern fingierte Provision ausgezahlt habe. In der Gerichtsverhandlung bestritt zunächst der Rechtsbeistand des be-

klagten Berliner Bankvereins, Rechtsanwalt Dr. Ernst Wolff, die Legitimationsberechtigung des Klägers, mit dem Hinweis, daß dieser seinen Aktienbesitz bereits wieder abgestoßen habe. Dieser Einwand wurde aber von der Gegenseite durch die Vorzeigung der fraglichen Aktien widerlegt. Der Vorsitzende der Kammer stellte sich sodann auf den Standpunkt, daß zur Nachprüfung der vorgeworfenen Bilanzverschleierung der fingierten Provisionszahlungen ein handels- und Aktienrechtssachverständiger ein Gutachten erstatten solle, daß diesem aber eine längere Frist zur Vorbereitung und Einarbeitung in die Materie gegeben werden müsse. Erwünscht sei auch eine nähere Angabe, in welchen Konten Unrichtigkeiten vorhanden seien, worauf der Vertreter des Klägers bemerkte, daß diese vor allem auf dem Debitorenkonto, dem Beteiligungskonto und dem Konto: „Eigene Wertpapiere“ vorlägen. Man sei auch in der Lage, diese Unrichtigkeiten zahlenmäßig zu belegen. Der Vorsitzende der Kammer, vor der man sich lediglich mit der formalen Seite der Angelegenheit beschäftigte, setzte dann zur weiteren Vorbereitung des Rechtsstreites einen neuen Termin auf den 8. Juni 1928 an.

## Der Brandenburger Mord.

### Einer der Mörder geisteskrank!

In der Voruntersuchung gegen die Mörder des Brauereibesizers Tregbank aus Brandenburg war einer der beiden Täter, Erich Schmidt, in der Landesirrenanstalt Görden auf seinen Geisteszustand

## Öffentliche Kundgebungen

Heute, Donnerstag, 19. April:

Höhenschönhäuser. 19½ Uhr in der Schulaula, Koedersstraße. Redner: Carl Lüke.

Morgen, Freitag, 20. April:

Nieder Schönhäuser. 19½ Uhr im Lokal Sansjour, Nordend, gegenüber dem Straßenbahnhof. Vorführung des Wahlfilms „Dein Schiff“. Rednerin: Reichstagsabgeordnete Rothilde Wurm. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

beobachtet worden. Nach dem ärztlichen Gutachten ist Schmidt gegenwärtig wegen Geisteskrankheit haft- und verhandlungsunfähig. Bisher ist noch nicht festgestellt, ob er auch schon bei Begehung der Tat geisteskrank gewesen ist. Der zweite Mörder, Willi Schmidt, ist als zurechnungsfähig von den Ärzten erklärt worden. Es wird voraussichtlich gegen Willi Schmidt zunächst allein wegen Mordes vor dem Schwurgericht in Potsdam verhandelt werden.

## Mord oder Selbstmord?

### Ein Fünfzehnjähriger erschossen aufgefunden.

Gestern gegen 20 Uhr wurde der 15jährige Schüler Bert Siebert in der im Hause Chausseestr. 18 zu Mariendorf gelegenen elterlichen Wohnung mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe erschossen aufgefunden. Kriminalbeamte des zuständigen Polizeireviers eilten an den Tatort, um den Befund anzunehmen. Verschiedene Umstände, so das Fehlen der Waffe, ließen den Verdacht aufkommen, daß der Junge von fremder Hand den Tod gefunden hat. Daraufhin wurde die Referenormordkommission der Kriminalpolizei benachrichtigt.

Bert Siebert besuchte das Mariendorfer Gymnasium; er hielt sich gestern nachmittag allein in der Wohnung auf. Gegen 20 Uhr lehrte der Vater des Jungen von einem Ausgang zurück. Als er die Küche betrat, machte er eine furchtbare Entdeckung. Auf dem Fußboden lag sein Kind in einer großen Blutlache, aus der rechten Schläfenseite siderte noch Blut hervor. — Ein sofort hinzugerufener Arzt konnte nur noch den vor kurzer Zeit eingetretenen Tod feststellen. Die Kriminalpolizei wurde benachrichtigt und entsandte sofort mehrere Beamte, die eine überraschende Feststellung machten. Bei dem Toten, noch in den anderen Räumen der Wohnung wurde die Waffe gefunden, aus der der tödliche Schuß abgefeuert worden war. Dadurch fand der Verdacht Nahrung, daß Bert Siebert erschossen worden ist. Bei Schluß des Blattes weilt die Referenormordkommission noch am Tatort.

Vor dem Hause Chausseestraße 18 hatte sich eine größere Menschenmenge angesammelt, in der die verschiedensten Gerüchte kursierten. So wurde mehrfach der Name Kranz erwähnt, der bekanntlich auch das Mariendorfer Gymnasium besuchte und man vermutet, daß es sich vielleicht um eine ähnliche Tragödie, wie seinerzeit in Stöglitz, handeln könne. — Hierfür haben sich jedoch noch keinerlei Anhaltspunkte ergeben. Es kann sich auch um einen Selbstmord handeln, da der Einschuß stark brandig ist, also die typische Erscheinung eines Nachschusses aufweist.

## Stadtverordnete in städtischen Gesellschaften.

### Die Frage der geschäftlichen Beziehungen.

Der Magistrat schlägt den Stadtverordneten vor, neue Bestimmungen darüber zu treffen, wieweit Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, der Bezirksparlamenten und der Bezirksämter zu städtischen Gesellschaften oder zu nicht in Gesellschaftsform geführten städtischen Betrieben in geschäftliche Beziehungen treten dürfen. Er will den bereits geltenden Bestimmungen folgenden Zusatz einfügen: „Mitglieder der städtischen Körperschaften und der Bezirksförperschaften, welche dem Aufsichtsrat einer städtischen oder zum Teil städtischen Gesellschaft oder der für einen städtischen Betrieb oder eine städtische Dienststelle gebildeten Deputation (Ausschuß, Verwaltungsrat oder ähnliche Aufsichtsorgane) angehören, dürfen zu dieser Gesellschaft (Betrieb, Dienststelle) keine geschäftlichen Beziehungen aufnehmen oder fortsetzen, die mit einer entgeltlichen Leistung irgendwelcher Art verknüpft sind. Das Bestehen solcher Beziehungen ist dem Magistrat unverzüglich anzuzeigen. Dieser kann Ausnahmen vom dem Verbot zulassen, hat jedoch hier von der Stadtverordnetenversammlung unermäßig Kenntnis zu geben. Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung oder einer Bezirksparlamenten, ebenso unbesoldete Mitglieder des Magistrats oder eines Bezirksamtes dürfen, solange sie das Ehrenamt in diesen Körperschaften ausüben, nicht als städtischer Beamter oder Angestellter angestellt oder in dieser Eigenschaft befördert oder zum Mitglied des Vorstandes oder zum Geschäftsführer einer städtischen oder zum Teil städtischen Gesellschaft bestellt werden.“

## Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

2.

Ihr Geschäft war erledigt, aber Mr. Barnstaple hatte noch keine Lust zu gehen.

Er sah Chryseos ins Auge und fand etwas Gütiges darin.

„Sie haben mir alles gesagt, was ich zu tun habe,“ sagte er. „Und es ist höchste Zeit, daß ich von Ihnen fortgehe, denn jeder Augenblick Ihres Lebens ist wertvoller als ein Tag des meinen. Doch da ich so bald und so folglos am Ende dieser weiten und herrlichen Welt in meine heimatische Unordnung zurückkehren muß, fasse ich den Mut, Sie zu bitten, sich herabzulassen, ein wenig zu mir herunterzusteigen und mir einfach und klar von den großen Tagen und den noch größeren Errungenschaften, die jetzt über diesen Planeten aufdämmern, zu erzählen. Sie sprachen davon, daß Sie in kurzer Zeit fähig sein würden, aus diesem Utopien nach entlegenen Teilen Ihres Universums hinauszugehen, das verwirrt mir den Sinn, wahrscheinlich bin ich ungeeignet, diese Idee zu erfassen, aber sie ist für mich von großer Wichtigkeit. In unserer Welt herrschte der Glaube, daß schließlich alles Leben enden müsse, weil sich unsere Sonne und die Planeten abkühlen und keine Hoffnung vorhanden zu sein scheint, der kleinen Welt, der wir entsprungen sind, zu entstehen. Wir wurden mit ihr geboren und müssen mit ihr sterben. Das raubte manchen von uns jede Hoffnung und Energie; denn weshalb sollten wir für den Fortschritt in einer Welt, die erstarren und sterben wird, arbeiten?“

Chryseos lachte. „Eure Philosophen haben zu früh geurteilt.“

Er legte sich über den Tisch und sah seinem Zuhörer ernst ins Gesicht.

„Wie lange besteht eure Erdlingswissenschaft?“

„Zwei, dreihundert Jahre.“

Chryseos hielt zwei Finger in die Höhe. „Und Männer? Wieviele Männer?“

„Ein paar Hundert, die sich in jeder Generation damit befassen.“

„Wir beschäftigen uns jetzt dreitausend Jahre damit und an die hundert Millionen guter Köpfe sind wie Beeren unter die Weinpresse der Wissenschaft gesteckt worden. Und wir wissen heute — wie wenig wir wissen. Niemals wurde eine Beobachtung gemacht, ohne daß man hundert Beobachtungen dabei vernichtet hätte. Es gibt keine Messung, ohne daß uns eine trügerische Wahrheit verspottete und uns durch die Möglichkeit eines Irrtums wieder verloren ginge. Ich weiß einiges davon, wo eure Wissenschaftler jetzt stehen, alles Gute den armen Barbaren! Denn ich habe den Beginn unserer eigenen Wissenschaft in der alten Vergangenheit in Utopien studiert. Wie kann ich unseren Abstand zum Ausdruck bringen? Seit jenen Tagen haben wir ein Duzend neuer Gedankengänge über die Dimensionen, von denen die Zeit nur eine besondere Form ist, geprüft, erprobt, verjagt und nochmals versucht. Wir haben Ausdrucksformen, die wir euch nicht übermitteln können, wodurch Dinge, die uns sonst schwer und paradox erscheinen — die euch wahrscheinlich hoffnungslos schwer und paradox erscheinen, ihre ganze Schwierigkeit für uns verlieren. Es ist schwer, Ihnen das verständlich zu machen. Wir denken in Ausdrücken eines räumlichen Systems, in welchem das Raum-Zeit-System, in welchem ihr denkt, nur ein besonderer Fall ist. Soweit es unsere Gefühle, Instinkte und täglichen Gewohnheiten betrifft, leben auch wir in einem solchen System, wie ihr — aber nicht soweit es unser Wissen betrifft, und nicht soweit unsere Kräfte reichen. Unser Geist hat unser Leben überflügelt — wie es der eure tun wird. Wir sind noch Fleisch und Blut, noch Hoffnung und Sehnsucht. Wir gehen ab und zu, sehen auf- und abwärts, aber die Dinge, die entfernt erscheinen, sind uns nahe gebracht, Dinge, die unzugänglich waren, beugen sich herab, Dinge, die unüberwindlich waren, liegen unter der Höhlung unserer Hände.“

„Und Sie glauben nicht, daß Ihre Rasse oder meinewegen unsere jemals zurundegehen muß?“

„Zugrundegehen! Wir haben noch kaum begonnen!“

Der alte Mann sprach sehr ernst und unbewußt zitierte er Newton. „Wir sind wie kleine Kinder, die eben an die Küste eines unendlichen Ozeans gebracht wurden. Alles

Wissen, das wir bis jetzt in den paar Duzend Generationen gesammelt haben, seit wir das erstmal begonnen haben, Wissen aufzuspeichern, ist wie eine kleine Hand voll Kieselsteine, aufgesehen auf dem Strand jener unendlichen See.“

Vor uns liegt Wissen, endlos, und wir können davon nehmen und nehmen, und während wir nehmen, wachsen wir. Wir nehmen zu an Macht, wir nehmen zu an Mut. Wir erneuern unsere Jugend; denn, beachten Sie, was ich sage, unsere Welt wird jünger. Die alten Geschlechter der Affen und Untermenschen vor uns hatten eine alte Seele. Ihre beschränkte störrische Weisheit war das magere Ergebnis unzähliger Leben, zusammengegrascht, abgefressen und sauer. Sie fürchteten Neues, so verbittert behüteten sie das hart erworbene Alte.

Aber lernen bedeutet wieder jung werden, sich befreien und von neuem beginnen. Eure Welt ist im Vergleich zu der unseren eine Welt voll unbelchrbarer verkrusteter Seelen, verdorbener und langweiliger Traditionen, voll Haß und Beleidigungen und derartiger unvergeßlicher Dinge. Aber eines Tages werdet auch ihr wie kleine Kinder werden, und ihr werdet es sein, die den Weg zu uns finden — zu uns, die wir auf euch warten wollen. Zwei Universen werden einander begegnen und umarmen, um ein noch größeres Universum zu begründen. . . Ihr Erdlinge habt noch nicht begonnen, die Bedeutung des Lebens einzusehen. Und wir Utopen — sind kaum weiter. . . Das Leben ist erst ein Versprechen, es wartet noch darauf, gehoben zu werden aus solchen armen Wesen heraus, die im Staub wühlen, wie wir. . .

Eines Tages wird das Leben, in welchem Sie und ich als Vorläufer nur wie Atome und wie ein Wirbelwind sind, hier und überall wirklich erwachen, als eine Einheit, als Ganzes und in Herrlichkeit, wie ein Kind, das zum bewußten Leben erwacht. Es wird seine schlaftrigen Augen öffnen, sich strecken, lächeln und dem Mysterium Gottes ins Antlitz blicken, wie man die Morgenjonne begrüßt. Wir werden dann hier sein, alle Elemente von uns, von Ihnen und mir. . .

„Und es wird immer nicht mehr sein, als ein Anfang, nicht mehr als ein Anfang. . .“

(Fortsetzung folgt.)







## Und eines Tages . . .

Von Henry Lawson, Sydney (Australien).

Die beiden Saisonarbeiter hatten bis spät in die Nacht auf ihrem Freilager Erlebnisse ihres Lebens miteinander ausgetauscht, und der Mond war ganz niedrig bis zwischen die Mulgabäume herabgefunken. Mitchells Kamerad hatte gerade ein ziemlich urwüchsiges Erlebnis zum besten gegeben, aber es schien auf Mitchell keinen Eindruck zu machen. Er war in einer sentimentalen Stimmung. Er rauchte ein Weichchen, dachte noch, und dann meinte er:

„Ach was! Da kamte ich einmal so ein kleines Mädel, in das ich ganz verfallen war. Sie kam zu uns, um meine Schwester zu besuchen. Ich denke wohl, daß sie das beste, liebste Mädelchen war, das jemals gelebt hat, und wohl auch das häßlichste. Sie war gerade achtzehn Jahre alt und reichte mir kaum bis zur Schulter: sie besaß die herrlichsten blauen Augen, die es überhaupt gibt, ihr Haar reichte ihr bis zu den Knien und war so dicht, daß man es nicht mit beiden Händen umspannen konnte — braun und glänzend — und ihre Haut war wie Rosen und Rosen. Natürlich fiel es mir niemals ein, daß sie ein so rohes, häßliches, unwillkürliches Schreien wie mich ansehen könnte, und ich pflegte ihr auch meist auszuweichen und benahm mich ihr gegenüber ein bißchen steif: ich wollte nämlich nicht, daß die anderen davon erfahren sollten, daß ich in sie verfallen war, ich wußte ja, daß sie mich auslachte, und möglich hätte sie mich dann mehr als alle anderen ausgelacht. Manchmal aber kam sie und sprach ein Wort zu mir und setzte sich in meine Nähe zum Tische. Ich aber dachte, daß sie dies aus ihrer Natur heraus tat, weil sie mit mir Mitleid hatte, daß ich so ein ungeheurer, tölpelhafter Burche war. Ich war in dieses Mädel bis über den Kopf verfallen, und dies ganz ohne Scherz: ich war geradezu stolz darauf, daß sie eine Vandamännin von mir war. Doch ich liebte sie von all dem nichts merken, denn ich wußte, daß sie mich auslachen würde.“

Run schon, die Dinge gingen ihren Gang, bis ich eines Tages ein Angebot bekam, für zwei oder drei Jahre nahe an der Grenze einen Posten anzunehmen: und ich mußte es tun, denn ich war mit dem Geld zu Ende, und außerdem wünschte ich fortzukommen. Nur dort herumzutreiben, wo sie wollte, machte mich schon unglücklich.

Am jenem Abend, da ich fertig war, waren alle auf der Station, um sich zu verabschieden — auch das Mädel war hingekommen. Als der Zug schon abfahrtsbereit da war, da stand sie ein bißchen abseits am dunklen Ende des Bahnsteigs, und meine Schwester stieß mich heimlich an und blinzelte auf mich und zog mich auf, aber ich wußte nicht, worauf sie abzielte. Schließlich sagte sie:

„Also geh doch und sag ihr doch ein Wort, du Loipatsch, geh und sag doch der Edie ein Lebewohl.“

Ich ging also zu ihr hin und als die anderen mit dem Rücken zugewandt standen:

„Also, auf Wiedersehen, Miß Brown“, sagte ich, ihr meine Hand hinhaltend. „Ich denke, daß wir uns wiedersehen werden, bis ich, so Gott will, zurückkomme. Und ich danke Ihnen, daß Sie hierhergekommen sind, um sich zu verabschieden.“

Gerade da kehrte sie ihr Gesicht dem Dichte zu, und ich sah, daß sie weinte. Sie zitterte am ganzen Leibe. Pflüchlich sagte sie: „Ach, Jack!“, gerade so, wie ich es jetzt sage, und sie streckte mir ihre Arme so, wie ich es jetzt tue, entgegen.“

Mitchell sprach jetzt mit einem feierlichen Ton in seiner Stimme, die ihm gar nicht eigen war, und sein Kamerad blickte auf. Auch Mitchells Gesicht hatte einen feierlichen Ausdruck angenommen, und seine Augen blickten starr ins Feuer.

„Run, ich denke wohl, daß du sie dann in die Arme geschloffen und geküßt hast?“ fragte sein Kamerad.

„Ich denke auch“, schnauzte ihn Mitchell an. „Es gibt gewisse Dinge, über die ein Mensch keine Scherze machen soll. Run, ich meine, wir könnten einen der Teekessel aufhängen und einen Schluß Tee nehmen, bevor wir schlafen gehen.“

„Run, ich nehme an“, meinte jetzt wieder Mitchells Kamerad, als sie ihren Tee tranken, „ich denke wohl, daß du eines Tages zurückkehrst und sie heiraten wirst.“

„Eines Tages! Das ist es ja eben: es scheint so, nicht wahr? Wir alle sprechen: „Eines Tages.“ Ich pflegte vor zehn Jahren so zu sprechen, und schau mich jetzt an. Seit fünf langen Jahren schlag ich mich herum, die beiden letzten Jahre auf der Waise, auf der Sandstraße, und keine Hoffnung, daß es besser werden wird, wie ich auch ruckere, und was habe ich erreicht? Ich sehne mich wohl danach, heimzukehren und zu heiraten, habe aber nicht einen Penny in meiner Tasche und kaum einen Fegen auf meinem Rücken und keine Aussicht, keine Aussicht auf eine Veränderung. Ich habe es mir hoch und heilig geschworen, ohne ein Bankguthaben nicht heimzukommen, und was noch mehr ist: ich will es auch nie. Aber die Tage der Bankguthaben sind vorüber. Schau dir mal meine Schuhe an. Wenn wir unten in den bevölkerten Distrikten wären, würden sie uns Landstreicher und Bettler nennen. Und was ist da für ein Unterschied? Ich bin ein toller Burche gewesen, ich weiß es, aber ich habe es bitter bezahlt: und nun gibt es nichts dagegen, als weiterzuwandern, zu wandern, zu wandern, um das bißel Futter zu verdienen, und bei diesem Wandern zu bleiben, bis einer alt wird und nachlässig und schmutzig und man sich an den Staub und Sand und die Hitze und die Fliegen und die Mücken gewöhnt hat wie ein Postochse, und bis man allen Ehrgeiz und alle Hoffnung verliert und mit diesem tierischen Leben wie ein Hund zufrieden ist, und bis einem sein Rückenbündel wie ein Teil seines eigenen Selbst erscheint und man glaubt, daß man verloren ist, und einem unbehaglich und merkwürdig erscheint, wenn man sich nicht auf seinen Schultern herum-schleppt, und es einem ganz egal bleibt, ob man wieder irgendwo eine feste Arbeit erhält oder wie ein Christ lebt. Und das geht so weiter, bis man glaubt, daß man den Geist eines Postochsen und nicht ein Menschenherz mehr besitzt. Wem liegt daran? Wenn wir gestern den Weg nicht gefunden hätten, könnten wir zusammengebrochen und verfault in diesem Gehölz liegen, und niemand würde dadurch lächerlich oder trauriger werden — wer weiß es?“

Er rauchte ein Weichchen in einem beruhigenden Schweigen: dann klopfte er die Asche aus seiner Pfeife, griff mit einem Seufzer nach seinem Tabak und sagte:

„Run ja, ich bin heute nacht ein bißchen verdrießlich. Ich habe zuviel nachgedacht. Ich denke, es wird das beste sein, wenn wir uns zur Ruhe begeben, alter Burche. Wir haben ja morgen eine lange, dürre Strecke vor uns.“

Sie breiteten ihre Rückenbündel auf dem Sande aus, legten sich nieder und wickelten sich in ihre Decken ein. Mitchell deckte sich sein Gesicht mit einem Stück Kalko zu, weil ihm das Mondlicht und der Wind nicht einschlafen ließen.

(Berechtigter Übersetzer von J. K. L. S. W. S. S.)

## Moderne Krebsforschung und Behandlung.

Von Dr. Alfred Neumann.

Der übermächtigste Stoff, der vom 14. bis 16. April in Wiesbaden vom Deutschen Zentralkomitee zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheit und vom Deutschen Internistenkongress behandelt wurde, und zwar von den hervorragendsten Fachmännern der deutschen Wissenschaft, sowie auch von zahlreichen ausländischen Forschern, kann in diesem Aufsatz nur in den Grundzügen angedeutet werden.

In unermüdlicher Arbeit hatte man sich in vergangenen Jahrzehnten bemüht, durch möglichst genaue Untersuchung insbesondere unter dem Mikroskop die einzelnen Geschwulstarten kennen zu lernen. Durch Verfeinerung der Technik hatte der Chirurg es sich angelegen sein lassen, Geschwülste und auch Körperstellen zu entfernen, an welche sich früher selbst der kühnste Operateur nicht herongetraut hätte. Ein wichtiger Fortschritt wurde um die Jahrhundertwende durch die Einführung der Behandlung mit Röntgen- und Radiumstrahlen erzielt. Trotz aller dieser Fortschritte war man sich über die Unmöglichkeit vollkommen im Klaren, auf diese Art den Krebs wirklich so zu beherrschen, als es notwendig gewesen wäre. Vor allem aus dem Grunde, als über die Frage, wie es eigentlich zur Entstehung der bösartigen Geschwulst komme, größte Unklarheit herrschte. Die Suche nach dem Krebsbazillus erwies sich als vergeblich, man erkannte, daß die eigentliche Ursache in einer Veränderung des Körpers selbst gelegen sein mußte. Hier hat nun die moderne Forschung sehr wichtige Aufklärungen gebracht; insbesondere war dies der Fall durch die Möglichkeit, Krebsgeschwülste im Tierkörper künstlich zu erzeugen und andererseits Geschwulstzellen außerhalb des Körpers selbständig fortzuzüchten, ähnlich wie dies bei der Züchtung von Bakterien erfolgt. Von Bedeutung ist insbesondere die Erfahrung, daß das geschwulstterregende Prinzip vielleicht gar nicht an die Krebszelle selbst gebunden ist, sondern vielmehr an andere Körperzellen, die mit weißen Blutkörperchen verwandt sind und mit einem gemeinwissenschaftlichen Namen als Freiszellen bezeichnet werden, da ihnen die Eigenschaft zukommt, in den Körper eingedrungene Fremdkörper aufzuzehren. In dieser Hinsicht haben sich besonders Frau Professor Rhoda Erdmann und Dr. Fischer des Berliner Instituts für Biologie große Verdienste erworben. Von Wichtigkeit scheint ferner die Ernährung zu sein; vielleicht begegnet sich einmal auf diesem Gebiete die Wissenschaft mit einem alten Volksglauben, wonach bestimmte Nahrungsmittel geradezu krebsregend wirken. Von praktischer Bedeutung ist die ganze Frage aber deshalb, als so die Möglichkeit gegeben ist, das Problem zu lösen, warum es Menschen gibt, die für den Krebs empfindlich sind, und solche, bei welchen er nicht zur Entwicklung kommt. Zukunftsweisend! Vielleicht wird man so einmal in der Lage sein, krebsgefährdete Menschen künstlich zu schützen, ähnlich wie man das heute gegen manche ansteckenden Krankheiten tut. Die Krebszelle hat einen eigenen Stoffwechsel, zum Unterschied von der gewundenen Körperzelle scheint sie nach den Untersuchungen von Professor Warburg (Berlin) nicht nur atmungsfähig, sondern auch gärungsfähig zu sein, eine wissenschaftliche Ent-

deckung von großer Bedeutung. Nun wird man einwenden, was hat diese Erkenntnis mit der praktischen Behandlung zu tun! Heute noch nichts, doch es ist das Wesen gar mancher wissenschaftlichen Erkenntnis, daß sie zunächst für die Allgemeinheit ganz bedeutungslos erscheint und dann durch irgendeine Verbindung mit anderen Erfahrungen geradezu der Angelpunkt größter praktischer Erfolge wird.

Doch nun zur Praxis der Krebsbehandlung. Ein Allheilmittel gegen den Krebs ist bis jetzt nicht bekannt, und es ist vielleicht gerade nach den neuesten Forschungen unwahrscheinlicher als je, daß ein solches überhaupt wird gefunden werden können. Doch in Kleinarbeit wurden in den letzten Jahren nicht zu unterschätzende Erfolge erzielt und sehr wichtige Anregungen gegeben. Man kann und darf bekenntlich von einer Krebsheilung erst sprechen, wenn ein Zeitraum von mindestens 10 Jahren verstrichen ist und in dieser Spanne sich keine neue Geschwulst entwickelt hat. Das Neue, was gerade jetzt in Wiesbaden vorgebracht wurde, entspricht dieser Forderung nicht, es handelt sich nur um Besserungen, aber um sehr bemerkenswerte und auffallende, die sowohl von Kahn (Karlsruhe) durch kombinierte Behandlung mit Wismut und Röntgenstrahlen erzielt wurden, als von Halberstädter (Berlin) durch die Einlegung von Stäbchen, die mit dem Schwermetall Thorium-X gefüllt sind, in die Geschwulstmassen. Doch ob mit dieser oder jener Behandlungsmethode, ob durch Operation oder nicht — immer ist es unbedingt notwendig, daß der Krebsranke möglichst zu Beginn seines Leidens in die Hand des Arztes gerät. Und hier muß leider festgestellt werden, daß vieles noch sehr im argen liegt, insbesondere in Mitteleuropa. Die in allen Ländern nachgewiesene, geradezu besorgniserregende Zunahme der Krebskrankheit erheischt die Aufmerksamkeit der verantwortlichen Kreise, die Krebsbekämpfung muß ebenso durch die Behörden unterstützt werden, wie dies doch bei der Bekämpfung der Tuberkulose und auch anderer Volkskrankheiten halbwegs gelungen ist. Notwendig ist eine möglichst vollständige Erfassung der Krebsranke. In Amerika und England erfolgt dies durch eigene Krebsmessen, in denen alle über 40 Jahre alten Menschen auf Kosten der Behörden auf ein vielleicht bis dahin unentdeckt gebliebenes Krebsleiden untersucht werden. Aufklärung der Bevölkerung tut not; aber auch des Kranken selbst; doch hier besteht ein schweres Hindernis wenigstens in Europa. Denn man wagt es nicht, dem Kranken ins Gesicht zu sagen: „Sie haben einen Krebs.“ Sie müssen sich daher dieser oder jener Behandlung unterziehen.“ Wird dieser Ausspruch doch noch allgemein als ein Todesurteil angesehen! In Amerika aber kann man dies ohne weiteres sagen; dort weiß man allgemein, daß auch der Krebs nicht unheilbar zu sein braucht. Die Erkenntnis des Leidens ist aber wichtig, denn nur so kann man auf das richtige Verständnis für die Maßnahmen des Arztes beim Patienten rechnen. Wenn also der Kampf gegen den Krebs mit Erfolg aus der Enge des Spitals und Laboratoriums in die Öffentlichkeit hinausgeführt werden soll, dann muß die Vorkstellung — das Wort Krebs bedeutet ein Todesurteil — zunächst als unbegründet getilgt werden.

## Labrador.

Wo die „Bremen“ landete. — Eine Einöde in Eis und Schnee.

Eines der entlegensten Gebiete des Erdballes ist über Nacht in den Blickpunkt der ganzen Menschheit gerückt. Schon von der großen Insel Neufundland, die fast ein Viertel so ausgedehnt wie das Deutsche Reich ist, aber nur rund eine Viertelmillion Einwohner zählt, hört und weiß man bei uns nur wenig mehr als nichts; die Halbinsel Labrador aber bedeutet für die Europäer nur einen geographischen Begriff, über den man bei uns nach der Schulzeit kaum mehr etwas hört. Man braucht sich dieser Unkenntnis nicht weiter zu schämen; denn selbst die Fachgeographen haben erst vor etwa einem halben Jahrhundert angefangen, sich mit diesem Gebiet näher zu beschäftigen, und erst in den Jahren von 1875 bis 1885 ist das Innere der Halbinsel etwas gründlicher erforscht worden. Aber auch diese Forscherstätigkeit konnte sich im wesentlichen nur auf die allgemeinen geologischen, botanischen und zoologischen Verhältnisse erstrecken; denn eine ins einzelne gehende Gegendarbeit ist in einem Lande, in dem neun Monate lang strenger Winter und drei Monate kein Sommer herrscht, das dreimal so groß wie das Deutsche Reich ist und auf diesem Gebiet nicht mehr als etwa 20 000 Bewohner hat, von denen außerdem noch ein Drittel aus Indianern und Eskimos besteht, begreiflicherweise mit großen Schwierigkeiten verknüpfte. Das Klima von Labrador gleicht dem im nördlichen Sibirien; Wintertemperaturen von 40 bis 50 Grad Kälte sind nichts ungewöhnliches, und selbst im äußersten Süden der Halbinsel, deren geographische Breite der von Frankfurt am Mai entspricht, hat man schon 49 Grad unter Null beobachtet. Im Norden wurden sogar 54 Grad Kälte erlebt. Das ist ein Wert, wie er selbst im nördlichsten Sibirien, z. B. in Detuisk, nicht in jedem Winter vorkommt. Im Juli und August wird es ungefähr so warm wie bei uns in der ersten Aprilhälfte; es herrscht dann dort eine mittlere Monatstemperatur von 7 bis 8 Grad Celsius, und infolgedessen schmelzen Eis und Schnee erst im Juni, um schon im Oktober das unwirtliche Land von neuem mit einem eisigen Panzer zu bedecken. Eisretes Fahrwasser gibt es im Norden von Labrador, das ist etwa in der geographischen Breite von Stockholm, Oslo und Beningrad, nicht vor dem 20. Juli.

Im westlichen ist Labrador ein Hochplateau; längs der Nordostküste zieht sich ein hohes, wildzerklüftetes Gebirge mit Gipfeln bis zu 2700 Meter Höhe hin. Annähernd ein Viertel der ganzen Halbinsel ist nun Seen bedeckt; das Land ist mit dürtigem subarktischem, aber dicht stehendem Wald bedeckt. Es bietet uns das Bild eines Erdfrühs, der erst seit kurzem die Eiszeit, d. h. die völlige Vergleisung, überwunden hat; so wie Labrador muß das nördliche Mitteleuropa vor zehn- bis fünfzehntausend Jahren ausgesehen haben, als sich bei uns die großen Urstromäuler zu bilden begannen. Auf Labrador haben bis heute die meisten Flüsse noch kein tief eingegrabenes Bett, und es gibt noch keine festum-

ziffenen Wasserläufe; denn die Zeit seit dem Ende der Vergleisung war dafür noch zu kurz. Wahrscheinlich ist das Eis erst seit ein paar tausend Jahren verschwunden.

Die Ursachen des rauhen und unwirtlichen Klimas bildet neben den die Halbinsel umgebenden kalten Meeren die eisige Labradorströmung, die von der Ostküste Grönlands stammt und nach einem in die Divisstraße verlaufenden Bogen längs der Nordostküste von Labrador und östlich von Neufundland bis zu den Neufundlandbänken südwärts geht, wo sie auf den Golfstrom trifft und von diesem westwärts bis an die Küste der Vereinigten Staaten abgelenkt wird. Die Temperatur dieser 450 Kilometer breiten und 70 Meter tiefen Strömung liegt unter Null; die Kälte des Labradorstroms beeinflusst auch das Klima der Südküste und Neufundlands auf das ungünstigste, woher es kommt, daß auch die Belle-Isle-Strasse zwischen Neufundland und der Südspitze Labradors, in der das öde Greenly-Inland liegt, zurzeit noch völlig vereist ist. Ohne Eisbrecher ist bis tief in den Juni hinein dort eine Schifffahrt nicht möglich; das einzige Verkehrsmittel der wenigen Fischer, die dort überwintern, sind, wie in der Polarregion, Hundeschlitten.

Auf den bei uns gebräuchlichen Atlanten sehen die Entfernungen in diesen Gebieten sehr gering aus. Aber sie sind in Wahrheit ungeheuer groß. Greenly-Inland liegt auf der gleichen Breite wie Köln, Dresden und Breslau. Schon aus diesem Vergleich erhellt man den ungeheuren klimatischen Unterschied auf den beiden Seiten des Atlantischen Ozeans. Die Entfernung in der Luftlinie zwischen Greenly-Inland und New York beträgt 1700 Kilometer; der Meeresweg ist gut 2000 Kilometer weit. Von Greenly-Inland in der Luftlinie nach New York ist genau so weit wie die Luftlinie von Berlin nach Tunis.

Die Wasserkräfte der Erde. Nach einer amerikanischen Statistik, die in der Frankfurter „Mishau“ wiedergegeben wird, gewinnen die Vereinigten Staaten durch Wasserkräften etwa so viel Energie, wie alle europäischen Länder zusammen. Nordamerika steht heute bereits in der Erzeugung von Wasserkraften mit 16,8 Millionen PS an der Spitze, Europa folgt an zweiter Stelle mit 13,1 Millionen, wobei sich der Abstand durch das raschere Tempo der Anlagen in den Vereinigten Staaten noch vergrößert. Asien verfügt über 2,1 Millionen, Südamerika über 750 000, Ozeanien über 240 000 und Afrika über 140 000 PS. Insgesamt waren 1926 auf der Erde 33 Millionen PS aus dem Wasser gewonnen, 10 Millionen mehr als 20 Jahre vorher. In den europäischen Ländern steht Italien mit 2,8 Millionen PS voran, dann kommt Frankreich mit 2, Norwegen mit 1,9, die Schweiz mit 1,85, Deutschland mit 1,5, Schweden mit 1,35 Millionen PS. Japan verfügt über 1,75 Millionen PS und in Südamerika führt Brasilien mit 500 000 PS. In Asien hat Indien die meisten Wasserkräfte mit 200 000 PS.

# Zimmer höhere Getreidepreise!

Die Verbraucher tragen die volle Zollsteuerung. — Der zufriedene Reichslandbund.

Immer zahlreicher werden die Zuschriften an unsere Redaktion, daß den in den letzten Wochen stark steigenden Getreidepreisen irgendwie zu Leibe gegangen werden müßte. Der deutsche Roggen hat im Inland nie erreichte Preise bis annähernd 300 M. die Tonne, Weizen immer größere Mengen. Zufrieden ist damit natürlich die Landbundspreise. Die Verhältnisse sind dieselben wie im vorigen Jahre, wo aber die vereinte Reaktion im Reichstag die sozialdemokratischen Vorschläge niedergestimmt hat. Es ist deshalb von hoher Bedeutung, die tatsächlich voll verteuerte Wirkung der Getreidezölle wieder einmal praktisch nachzuweisen, die die Agrarier bekanntlich immer bestreiten.

## Die Zölle wirken!

Wir wollen die Wirkung der deutschen Brotgetreidezölle in der Gegenwart und jüngsten Vergangenheit prüfen. Wir wollen sie prüfen auf Grund der Tatsachen, die in den Zahlen zum Ausdruck kommen, die das Statistische Reichsamt in seiner Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht. Danach betragen im monatlichen Durchschnitt

### die Terminpreise in Mark pro Tonne:

im Monat	für Weizen		für Roggen	
	in Chicago	in Berlin	in Chicago	in Berlin
Januar 1927	216	251	171	260
Februar	217	252	177	263
März	212	253	170	259
April	207	256	171	260
Mai	222	263	184	277
Juni	223	269	190	264
Juli	220	291	175	250
August	215	275	157	235
September	199	275	158	259
Oktober	197	272	160	245
November	196	272	170	253
Dezember	197	265	178	263
Januar 1928	200	268	181	262
Februar	203	257	182	258

Die Berliner Preise für Weizen und Roggen lagen während dieser vierzehn Monate also ständig sehr erheblich über den Preisen des größten nordamerikanischen Getreidemarktes. Die Preisdifferenz war nicht immer gleich hoch. Sie schwankte zwischen 54 und 81 Mark pro Tonne Weizen und zwischen 74 und 101 Mark pro Tonne Roggen.

Nun ist allerdings Chicago durch seine Lage besonders begünstigt; die Preise von Chicago können deshalb nicht ohne weiteres als Maßstab gelten. Als Maßstab kann man aber etwa die aus der Konkurrenz nord- und südamerikanischer, russischer und australischer (gelegentlich auch anderer) Lieferungen sich ergebenden Preise frei englische Haupthäfen gelten lassen. Da ergibt sich nun aus den Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes, daß vom Januar 1927 bis zum Februar 1928 im Monatsdurchschnitt

### die Tonne Weizen teurer als in Chicago war:

im Monat:	in Liverpool:	in Berlin:	in Berlin mehr:
Januar 1927	um 13	um 65	um 52 M.
Februar	14	65	51
März	19	71	52
April	28	79	51
Mai	27	81	54
Juni	29	76	47
Juli	30	71	41
August	35	60	25
September	37	76	39
Oktober	36	75	39
November	36	76	40
Dezember	37	68	31
Januar 1928	31	68	37
Februar	19	54	35

Die geringe Mehrertrags von den Exportländern bis Deutschland kann man als belanglos für den Vergleich ansehen, da im Westen Deutschlands, wofin das Auslandgetreide meist geht, auch für Inlandgetreide durchweg höhere Preise gelten als in Berlin. So bleibt auf der Vergleichsbasis Berlin—Liverpool—Chicago in diesen vierzehn Monaten eine Preissteigerung in Berlin durch die deutschen Getreidezölle von durchschnittlich 42,40 Mark pro Tonne Weizen. (Die Schwankungen von Monat zu Monat sind auf die aus mancherlei Ursachen entspringende Eigenbewegung der einzelnen Märkte zurückzuführen.) Berücksichtigt man nun noch die bessere Qualität des in Liverpool und Chicago gehandelten Getreides gegenüber dem deutschen Inlandgetreide, so bleibt als Resultat dieser Prüfung, daß die deutschen Konsumenten tatsächlich die Last der Brotgetreidezölle in voller Höhe zu tragen haben.

### Sprunghafte Preissteigerungen!

Die Preisbewegung an den deutschen Getreidemärkten seit der letzten Ernte hat die deutschen Agrarier und die ihnen verpflichtete Bürgerblockregierung „mit tiefer Sorge erfüllt“. Da war im Juni—durchschnitt 1927 greifbarer märkischer Roggen auf 277 Mark für die Tonne und Weizen auf 303,90 Mark gestiegen. Das heißt: der Roggenpreis lag um 73 und der Weizenpreis um 59 Proz. über dem durchaus nicht niedrigen Jahresdurchschnitt 1913! Aber diese „erfreulich befriedigenden“ Preise hielten sich nicht. Der Roggenpreis sank vorübergehend (im August 1927) auf 224,60 Mark —

„nur“ noch 42 Proz. über 1913 — und nach einem Wiederanstiegen im September 1927 allmählich bis auf 233,60 Mark im Februar—durchschnitt 1928 — 47,5 Proz. über 1913. Der Weizenpreis sank kontinuierlich bis auf 229 Mark im Februar—durchschnitt 1928 — immerhin noch 20 Proz. über 1913!

Es war zu erwarten, daß die Agrarier diese Preisverhältnisse ausmerken würden im Wahlkampf. Nun machte ihnen „der Himmel“ einen Strich durch diese Rechnung. Für viele ziemlich überraschend ist eine Getreidepreissteigerung eingetreten, die zwischen dem 29. Februar 1928 und dem 14. April Roggen in Berlin bereits von 236 auf 273,50 Mark und in derselben Zeit Weizen von 230,50 auf 262,50 Mark pro Tonne sprang. Ohne Zollerhöhungen sind wir also wieder zu Preisen gekommen, die selbst in der Landbundsprache „befriedigend“ heißen, die am letzten Sonnabend für Roggen bereits wieder um 73 Proz. über 1913 lagen und für Weizen um 37,4 Proz.

Die jüngsten Preissteigerungen sind, wie schon gesagt, ohne Zollveränderungen erfolgt. Das demonstriert mit aller Deutlichkeit, wie wenig Zölle an dem Auf und Ab der Preise zu ändern vermögen. Das stellt allerdings auch den engen Zusammenhang dieser Darlegungen mit den Darlegungen im ersten Teil dieses Artikels her. Die Zölle erhöhen die Preise in dem „geschützten“ Lande lediglich um den entsprechenden Betrag über die zollfreien Weltmarktpreise. Um diese Zollerhöhung ist es unseren Großgrundbesitzern aber auch einzig und allein zu tun. Diese Zollerhöhung gewährleistet ihnen eine Preisgröße der Bodenprodukte und des Bodens selbst, die ihr Herrenleben erst ermöglicht. Die Kleinbesitzer, die meist nicht einmal genug Getreide für den eigenen Bedarf erzeugen, haben ganz andere Interessen.

## Der Stilllegungsstandal im Ruhrgebiet.

Zur Stilllegung der Zeche Johann Deimelsberg und zu dem neuen Stilllegungsantrag der benachbarten Zeche Zentrum IV—VI erhalten wir aus dem Ruhrgebiet eine Mitteilung, deren Richtigkeit im höchsten Maße alarmierend wirken müßte und die von uns gegebene Darstellung in entscheidenden Punkten verändert. Danach habe die preussische Regierung die Kreditverhandlungen mit der Adler Bergbau A.-G. aus ganz anderen Gründen abgebrochen, als weil die Rentabilität des Zechenkomplexes durch den zu gewährenden Kredit nicht hätte hergestellt werden können. Der Kredit sei nicht gewährt worden auf Grund der Einflüsse des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats und des Zechenverbandes. Diese Organisationen hätten die Verweigerung des Kredits und damit die Stilllegung selbst gewünscht, um bei den gegenwärtigen Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen einen Druck auf die Bergarbeiterschaft und die Behörden auszuüben. Auch der Unfall des Sachverständigen Dr. Weise, der zuerst die Möglichkeit der Rentabilisierung von Deimelsberg bejaht und erst in einem zweiten Gutachten verneint habe, sei auf diese Einflüsse zurückzuführen.

Diese Meldung steht in striktem Widerspruch zu den vom preussischen Handelsministerium uns amtlich gegebenen Erklärungen. Der Widerspruch ist so groß und die in der Meldung angedeuteten Rücksichten sind so gravierend, daß das preussische Handelsministerium sich eindeutig dazu zu äußern haben wird.

## Zum Industrie- und Handelstag.

Herr v. Siemens über Reichsbahn-Tarifserhöhung. — Eine Randbemerkung zur Lohnpolitik.

Die im allgemeinen ohne Sensationen verkaufte Volkerversammlung des Industrie- und Handelstages im Reichstag ermuntert in zwei Punkten zu Randbemerkungen. Herr von Siemens war auf der Tagesordnung des Industrie- und Handelstages nicht als Redner vorgesehen, so daß die Antändigung seines Referates über die geplante Tarifserhöhung eine allgemeine Ueberraschung hervorrief. Wenn Herr von Siemens einseitig bemerkte, daß sein Vortrag keine Begründung der Tarifserhöhung geben, sondern nur ihre Voraussetzungen erklären wolle, so wurde die Rede doch eine Rechtfertigung. Bei Herrn von Siemens ist schwer zu erkennen, wo er seine Meinungen als Präsident des Verwaltungsrats der Reichsbahn, wo als Interessent für Reichsbahnbestellungen und wo als großer Arbeitgeber von sich gibt. Die Bemerkung, daß die Tarifserhöhung um 250 Millionen Mark nur einen Pfennig allgemeine Lohnerhöhung ausmache, läßt es nicht ausgeschlossen sein, daß er diesmal seiner dreifachen Eigenschaft voll gerecht geworden ist; denn wenn, wie er will, die Voraussetzungen zur Tarifserhöhung gegeben sind, dann stellt er die noch seiner Meinung unvermeidliche Tarifserhöhung in Konkurrenz mit allen Lohnforderungen, und gleichzeitig kann die Reichsbahn auch mehr Aufträge vergeben, an denen auch Siemens interessiert ist.

In der vom Industrie- und Handelstag angenommenen Entschließung befindet sich folgender Satz: „Ein Abgehen von dem Gedanken, daß Lohnverbesserungen stets mit dem Erfordernis der Rentabilität der Unternehmen im Einklang zu bringen sind, bedeutet eine unverantwortliche Gefährdung der Betriebe und ist daher aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen zurückzuweisen.“

Dieser vernünftig schelmische Satz macht nachdenklich. Hätte die energische Lohnpolitik der organisierten Arbeiterschaft seit 1924, die gleichzeitig ebenso entschieden die Opfer der Rationalisierung auf sich nahm, immer nur diese Rücksicht genommen, so wäre heute in Deutschland noch kaum ein Industriezweig rentabel, denn es würde die inländische Kaufkraft fehlen, die Betriebe liefern zum großen Teile noch leer. Die wieder erfreuliche Rentabilität von heute ist dem Zwang zu danken, der auf die Betriebsleiter durch die „volkswirtschaftlich und sozial“ erfolgreiche Lohnpolitik der organisierten Arbeiterschaft ausgeübt worden ist und der vielfach erfolgreich auch die Produktionskosten gesenkt hat. Diese Politik darf nicht unterbrochen, sie muß fortgesetzt werden, wenn die heutige Rentabilität in der Industrie wirklich erhalten und noch gesteigert werden soll.

## Glänzende Lage bei Bergmann.

4,5 Mill. Mark Reingewinn. — Von sozialem Verständnis keine Spur.

Den Siemens-Betrieben und der AEG. folgt mit ihrem Jahresabschluß als nächst größtes Unternehmen in Groß-Berlin jetzt die Bergmann-Elektrizitäts-A.G. in Reinickendorf mit 44 Mill. Mark Aktientkapital und fast 13 000 Mann Belegschaft. Nach den bereits im Januar erfolgten Konjunkturabschlüssen von Siemens und der AEG. konnte auch bei Bergmann ein entsprechend höherer Gewinn erwartet werden, der auch nicht ausgeblieben ist.

Das sehr gute Elektrojahr 1925 wird durch die Ergebnisse von 1927 noch weit in den Schatten gestellt. So stiegen die Geschäftsgewinne von 7,5 Mill. Mark in 1926 auf 11,1 Mill. Mark, und der Reingewinn hat sich seit 1924 verdoppelt. Besonders interessant ist die Entwicklung der Umsatzziffern. Sie stiegen von 1924 mit 53,0 Mill. auf 80,0 Mill. im folgenden Jahre, sanken 1926 auf unter 75 Mill. Mark und erreichten 1927 fast 100 Mill. Mark. Der Aufschwung der Bergmann-Werte seit der Stabilisierung bleibt also hinter den beiden führenden Elektrozweigen keineswegs zurück. Daß auch die Aktionäre kräftig profitierten, geht daraus hervor, daß sie jetzt trotz des höheren Aktienkapitals 9 Proz. statt 8 Proz. Dividende erhalten, wofür 3,9 gegen 2,6 Mill. Mark erforderlich sind.

Die Kapitalerhöhung im letzten Jahr hat die Finanzlage der Gesellschaft natürlich bedeutend verbessert, wozu die Konjunktur noch ihr übriges tat. So erscheinen in der Bilanz fast 44 Mill. Mark Forderungen, darunter rund 15 Mill. Mark Barkguthaben gegen 24,7 Mill. Mark im Vorjahr, während die Verpflichtungen sich demgegenüber nur unwesentlich von 20,4 auf 27,0 Mill. Mark erhöhten.

Angelehnt der hervorragenden Geschäftslage der Bergmann-Werte muß der herausfordernde Ton der Verwaltung gegen die Belegschaften und ihre Lohnpolitik zurückgewiesen werden. Die Verwaltung läßt bei ihren Klagen über „fortgesetzte“ Lohnerhöhungen und Streikschäden auch das geringste sozialpolitische Verständnis vermissen. Vermutlich rechnet sich die Bergmann-Verwaltung auch noch zu den Direktionen, die nur Interessen der „Wirtschaft“ kennen, dagegen jede Besserstellung ihrer Belegschaften von vornherein als unwirtschaftlich ansehen.

Kräftige Entlastung der Reichsbank. Weitere Goldkäufe. Der erste Aprilbericht der Reichsbank umfaßt nur den Zeitraum von 5 gegenüber sonst 7 Tagen. Der Ausweis zum 14. April läßt nun eine sehr kräftige Entlastung der Reichsbank von Wirtschaft- und Lombardkrediten erkennen. Die Wechselbestände sind um 332,1 auf 2248,7 Millionen, die Lombardbestände um 35,8 auf 39,6 Millionen Mark gesunken. Die fremden Gelder auf Girokonto haben eine Zunahme von 11,6 auf 613,9 Millionen Mark erfahren. Der Notenumlauf ist im Zusammenhang damit um 414,5 auf 3996,5 Millionen, der Umlauf an Rentenscheinen um 28,3 auf 576,2 Millionen zurückgegangen. Die Goldbestände wurden auch in der zweiten Aprilwoche wieder erheblich vermehrt, und zwar um 59,1 auf 2019,2 Millionen. Insgesamt ist seit Mitte März ein Goldzuwachs von etwa 130 Millionen Mark zu verzeichnen, der zum größten Teil aus dem Verkauf von Reichsbanknoten in Amerika, ein Drittel bei der russischen Staatsbank. Die Bestände an Deckungsstoffen haben sich um 2,6 auf 194,1 Millionen wieder etwas verringert.

Der Güterverkehr der Reichsbahn hat in der Osterwoche zum 7. April eine nicht unerhebliche Verringerung erfahren. Im arbeitsmäßigen Durchschnitt hat die Reichsbahn gegenüber der vorhergehenden Woche nur 148 600 statt 153 600 Güterwagen gestellt.

Kaufseiler-Konflikt durch Zementyndikat. Dem Westdeutschen Zementyndikat ist endlich der große Schlag gelungen, das gefährlichste Kaufseilerwerk „Excelsior“ aufzukaufen und damit die ringfreien Werte ganz empfindlich zu schwächen. Die Kaufseiler wissen, daß sie von den Syndikaten keine Gnade zu erwarten haben, denn in Gedächtnis hörte bekanntlich schon bei dem alten Hansemann die Gemütslichkeit auf. Und das Verbrechen der Zementkaufseiler bestand gerade darin, daß sie trotz eigener hoher Gewinne die Syndikatspreise weit unterboten konnten, wodurch sie die Preisdiktatur der Syndikatsherren empfindlich störten. Darüber hinaus wäre es den Kaufseilern um ein Haar gelungen, das ganze Syndikat zu sprengen, da die großen Werte bei den überpannten Preisen für ihren Absatz fürchten und rebellisch wurden. Zwei Preisfestsetzungen mußten als Opfer für die Erhaltung des Syndikats gebracht werden, die verständlicherweise die Stimmung der Syndikatsherren gegen die Kaufseiler nicht gerade verbesserten. Ziel die Politik des Westdeutschen Zementyndikats darauf hin, die Kaufseilerwerke nur zu dem Zweck aufzukaufen, um sie soziales Stillzulegen, so wären die Belegschaften auch in diesem Kampf die einzig Leidtragenden, wie in so vielen anderen, wo die Kräfte des Kapitalismus gegeneinander ringen.

Meine Damen! Meine Herren!

Nicht die Kenntnis der Orte interessiert Sie, wo der Tabak wächst, auch nicht die internen Einzelheiten der Mischung und Herstellung einer Zigarette. Sie wollen einzig und allein von einer Zigarette wissen, dass sie Genuss bereitet und bekömmlich ist. Räuchen Sie daher die weit verbreitete

**ENVER BEY GOLD 5**  
Die Zigarette des guten Geschmacks